



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

††: Zwei Noten.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Zwei Noten.

Von der preussischen Grenze.

In früheren Zeiten, wenn die politische Situation Europas unklar war und man keine Ahnung davon hatte, was der folgende Tag bringen werde, harrte man ungeduldig auf die Eröffnung der parlamentarischen Versammlungen, überzeugt, daß dann die Minister genöthigt sein würden, den Landesvertretern Rede zu stehen. Ohne diese äußere Nöthigung war es nicht Sitte, daß Staatsmänner und Diplomaten das Publikum in ihr Vertrauen zogen. Die Geschäfte wurden so zurecht gelegt, daß sobald die Königin von England ihr Parlament eröffnete, wenigstens der Schein eines Abschlusses vorhanden war, und es wurde alsdann dem Publikum ein Bericht abgestattet, der die Uebereinstimmung mit den wirklichen Thatsachen nicht immer ängstlich beobachtete, der aber dafür den Vorzug einer gut componirten Erzählung hatte. Dieses Verhältniß hat sich jetzt geändert. Von Zeit zu Zeit sehen sich unsere Regierungen gemüthigt, in ihren Noten unmittelbar zum Publikum zu reden, oder sie gehen auch wohl unter die Journalisten und schreiben Broschüren, Zeitungsartikel und offene Briefe. Seit mehreren Wochen ist das englische Parlament und der preussische Landtag zusammen, man hat aber in demselben keine andere Aufklärung über die große Politik Europas erhalten, als was man bereits vor ihrem Zusammentritt aus den officiellen Journal-Artikeln und offenen Briefen wußte.

Was den preussischen Landtag betrifft, so bekennen wir, daß sein imponirendes Schweigen anfängt uns peinlich zu werden. Wir gehören nicht zu denen, die ihm zumuthen, sich täglich über die große Politik vernehmen zu lassen: wir wissen, daß er ernstere, tiefer in das Volksleben eingreifende Geschäfte hat, als die politische Phrase; aber die Sachlage ist jetzt von der Art, daß Preußens Haltung in der auswärtigen Politik für das Leben und Gedeihen des Staats viel wichtiger ist als alle jene Geschäfte, ja daß in letzter Instanz von ihr alles übrige abhängt. Welcher Partei wir uns in den großen allgemeinen Fragen anschließen, die wird uns in kurzem auch in den innern Angelegenheiten beherrschen. Schon das beharrliche Schweigen der gegenwärtigen Opposition deutet darauf hin, daß sie keinen Grund hat, nach dieser Seite in den Ideen der Regierung etwas für sie Nachtheiliges zu er-

warten; was gerüchtweise von diesen Ideen in das Publikum bringt, bestätigt das nur zu sehr, und die liberale Partei hat alle Veranlassung, ihr Gewicht, so klein oder so groß es auch sein mag, in die Waagschale zu werfen, die zwischen Wollen und Nichtwollen eben so die Schwebel hält wie in alten Tagen.

Das englische Parlament hat die Sünde des Stillschweigens zwar nicht begangen, was aber bis jetzt gesprochen, ist nicht gerade sehr erbaulich. Männer vom höchsten Range und höchstem Einfluß in der Opposition wie Lord Normanby haben sich in Kannegießereien ergangen, die von Holberg dargestellt zu werden verdienten. Ein italienischer Staatenbund vertheidigungsfähiger als ein Einheitsstaat, weil Italien die Form eines Stiefels hat! So etwas von einem Führer der Partei gesprochen, zeigt wieder recht deutlich, mit wie wenig Verstand die Welt regiert wird. Die Regierung ist augenscheinlich bemüht, das Parlament mit leeren Redensarten hinzuhalten, sie will den Stand der Frage nicht so hinstellen wie er wirklich ist.^{*)} Doch büden wir ihr deswegen keine Schuld auf. Im Allgemeinen hat das jezige Cabinet in der italienischen Frage gezeigt, daß es sehr gut weiß, was es will; es wird nur durch seine Isolirtheit geschwächt, da, wie es scheint, Preußen und Rußland, und zwar nicht im Einverständniß, sondern jedes auf eigene Hand, fortfahren eine Politik zu treiben, von der Niemand weiß, woher und wohin.

Trotz dieser Dämmerung sieht man doch soviel, daß der Kaiser der Franzosen entschlossen ist, nicht bloß für Ideen zu kämpfen, sondern von diesen Ideen auch Vortheil zu ziehen; daß er die Einverleibung Mittelitaliens in das Königreich Sardinien nur unter der Bedingung der Abtretung von Savoyen und Nizza zugesteht; daß Sardinien sich heftig dagegen sträubt, daß es aber, wenn ihm keine andere Wahl gelassen wird als zwischen Savoyen und Mittelitalien, sich zuletzt dazu verstehen wird auf das erstere zu verzichten — oder vielleicht, daß es diese Ueberzeugung bereits gewonnen und bereits verzichtet hat. Ganz Europa, in allen übrigen Fragen uneins, stimmt darin vollkommen überein, daß diese Abtretung Savoyens an Frankreich nicht bloß an sich, sondern hauptsächlich als Präcedenzfall die größten Bedenken nach sich zieht. Trotz dem wird Kaiser Napoleon auch in dieser Sache sein Stück durchsetzen, weil er nicht bloß den Zweck, sondern auch die Mittel will; weil, wenn er etwas will, er nicht auch zugleich das Gegentheil davon will; weil er genau berechnet, was er für den Augenblick kann und innerhalb dieser Grenzen mit durchgreifender Entschlossenheit verfährt: Eigenschaften die heute in Europa selten sind.

Darum gelingt es ihm auch, trotz der scheinbar hastigen Sprünge in sei-

^{*)} Ueber die Enthüllungen des Blaubuchs in der nächsten Nummer.

nen Entschlüssen nachträglich den innern Zusammenhang nachzuweisen, der wirklich darin vorhanden war. In dieser Beziehung war Thouvenel's erste Depesche, die Antwort auf die englischen vier Punkte, musterhaft abgefaßt. Noch viel musterhafter ist die Antwort auf die päpstliche Encyklika. Thouvenel scheint nicht bloß ein geschickter Diplomat, sondern auch ein logischer Kopf zu sein. Die Depesche enthält nichts als was zur Sache gehört, aber ihr Thema führt sie mit einer Dialektik durch, daß nicht der mindeste Widerspruch übrig bleibt. Sie geht nicht auf die Sache selbst ein, auf die Abtretung der Legationen; sie beschränkt sich darauf, nachzuweisen, daß diese Angelegenheit nur nach weltlichen Gesichtspunkten geschlichtet werden kann, daß die Dogmatik der katholischen Kirche mit der Frage nach der Grenze des Kirchenstaats nicht das Mindeste zu thun hat. Wird die preußische Regierung, die doch protestantisch ist, aus dieser Denkschrift eines katholischen Ministers etwas lernen? Wird sie eine Antwort finden auf das Ansinnen preußischer Bischöfe: der preußische Staat solle seine Politik nach den Dogmen der allein selig machenden Kirche einrichten? Wird sie diesem Ansinnen entgegenhalten, daß selbst, wenn der preußische Staat dazu gewillt wäre, er doch nicht zugeben könne, daß die Integrität des Kirchenstaats ein Dogma der allein selig machenden Kirche sei? Wird der preußische Landtag sich zu der Anfrage an seine Regierung ermannen, was man denn auf dieses Ansinnen für einen Bescheid ertheilt habe? Eine Anfrage, die um so mehr gerechtfertigt sein dürfte, da bereits eine Stimme im Herrenhaus die Ansicht der Bischöfe vertreten hat, und da die Agitation für den Papst durch ganz Deutschland in einer Weise fortgetrieben wird, die dem Protestantismus nicht bloß Aergerniß, sondern auch Gefahr bringt.

Wir sind entschieden nicht der Ansicht, daß der preußische Landtag hauptsächlich die Aufgabe habe, sich die Aufmerksamkeit und den Beifall des deutschen Publikums zu erwerben: er hat seine bestimmt vorgeschriebenen Pflichten zu erfüllen; aber wenn das eine mit dem andern zusammenfällt, und wenn nebenbei die Zeit drängt, da jeder Augenblick die Entscheidung bringen kann, so hat doch wohl der preußische Patriot und der Freund Preußens das Recht, es zu beklagen, daß grade im Mittelpunkt des preußischen Lebens das Blut so langsam fließt. Wie oft man sich auch wiederholen mag, daß die Stellung, welche Preußen in Deutschland beansprucht, nicht auf irgend einen Vorzug des preußischen Fürstenhauses vor andern Fürstenhäusern, nicht auf einen Vorzug des preußischen Volkes vor andern deutschen Völkern sich gründet, sondern lediglich auf die politische Nothwendigkeit; so bleiben die Menschen doch immer Menschen, sie wollen sich nicht nach abstracten Berechnungen, sondern nach dem lebendigen Gefühl, am liebsten nach dem unmittelbaren Eindruck bedeutender Persönlichkeiten bestimmen, und wenn diese Persönlichkeiten,

auf die ihre Aufmerksamkeit am meisten gerichtet ist, den Eindruck nicht machen, den sie machen sollen, so ist das für die Richtung der öffentlichen Meinung nachtheiliger als alle Deductionen der Gegner.

Unter diesen Gegnern nimmt, schriftstellerisch betrachtet, die hervorragendste Stellung der sächsische Minister Freiherr v. Beust ein. Die von ihm herührende Denkschrift vom 19. Jan. in Betreff der preußischen Vorschläge zur Reform der Bundeskriegsverfassung ist, wie wir finden, von den preußischen Blättern im Ganzen ungerecht beurtheilt; sie ist nicht bloß sehr geschickt abgefaßt, sie versteht nicht bloß die Schwächen des Gegners sehr wohl zu benutzen, sondern sie enthält auch wenigstens eine sehr beherzigenswerthe Idee, eine Frage, auf welche die Mittelstaaten wol das Recht haben, Bescheid zu verlangen, bevor sie sich über die beabsichtigte Reform definitiv erklären. Diese Idee ist folgende.

Durch die beabsichtigte Reform der Bundeskriegsverfassung wird der Dualismus zwischen Oestreich und Preußen nicht bloß endgiltig constituirt, sondern ganz Deutschland wird in denselben hineingezogen, indem man es militärisch den beiden Großmächten unterordnet. Was soll nun geschehn, wenn dieser Dualismus einmal zu einer wirklichen Entzweigung führt? Sollen z. B. in einem Krieg zwischen Oestreich und Preußen sich die Mittelstaaten nach Maßgabe dieser militärischen Organisation dergestalt betheiligen, daß z. B. Baiern gegen Sachsen zu Felde zieht u. s. w.? Diese Gefahr wird durch die bisherige Verfassung zwar nicht ganz abgewandt, aber doch vermindert; da man bei einem Friedensbruch seitens der einen der beiden Großmächte voraussetzen kann, daß alle übrigen Staaten sich auf Seite des andern schlagen.

Diese Kritik ist die positive Seite der Beust'schen Denkschrift; die Rechtfertigung des Bestehenden und die Darstellung eines bessern Auswegs ist weniger glücklich. Zur Rechtfertigung des Bestehenden weist Hr. v. Beust auf den rein defensiven Charakter des Bundes hin. Aber daß dieser defensive Charakter nicht ausreicht, daß mitunter zur Vertheidigung Deutschlands ein Angriffskrieg unternommen werden muß, das haben gerade im vorigen Jahr die Mittelstaaten Preußen gegenüber sehr lebhaft vertheidigt. Hr. v. Beust ist ferner der Ansicht, daß im Fall der Noth eine Einigung leicht zu Stande gebracht wäre, und daß daher in Friedenszeiten eine Regulirung der Sache unnöthig sei. Auch diese Ansicht wird durch das vorige Jahr widerlegt. Er faßt das Rechtsverhältniß, und zwar formell vollkommen richtig, so auf, daß zum Bundesheer nicht die ganze preußische, nicht die ganze östreichische Armee gehöre, daß also nur ein Theil derselben dem Bundesfeldherrn unterworfen sei. Aber gerade dieses praktisch nicht durchführbare Rechtsverhältniß ist eins von den Hauptmotiven, die Preußen für seinen Antrag anführt. Um seiner selbst willen kann Preußen nicht daran denken, einen Theil seiner Truppen abzutreten, es

kann nicht als eine europäische Großmacht neutral bleiben, während es sein Bundescontingent zum Kriege schickt, wie es z. B. bei Dänemark möglich ist, und Deutschland hat dasselbe Interesse daran, daß die preussische Armee, seine Hauptstärke, zusammen bleibe. — Am schwächsten ist, was über ein anderweitiges Arrangement gesagt ist. Wenn nämlich Preußen sich weigert, seine Truppen einem nicht preussischen Feldherrn unterzuordnen, so sei die natürliche Folge, daß die Staaten außer Oestreich und Preußen ihre Truppen zu einem dritten Heerkörper vereinigen. — Die Unmöglichkeit ergibt sich bei einem flüchtigen Blick auf die Karte, selbst wenn wir die kizliche Frage, ob die hannoverschen Truppen lieber unter einem preussischen oder bairischen General stehen wollten, bei Seite lassen.

Was nun jenen sehr beachtenswerthen kritischen Theil der Veust'schen Denkschrift betrifft, so müssen wir zur Erörterung desselben etwas tiefer zurückgehn. Es ist nach unserer Ueberzeugung bei politischen Arrangements von größerer Tragweite nothwendig, nicht die Gefühle, sondern die Interessen zu Grunde zu legen. Die Gefühle können sehr mächtig sein im Moment einer gewaltigen Erhebung, aber sie können nicht dauernd einer Institution zu Grunde liegen. Das Gefühl des deutschen Patriotismus hat 1813 seine Feuerprobe bestanden; aber es wird für Deutschlands Wohl am räthlichsten sein, wenn man es so selten als möglich anspannt. Die Bundesverfassung ging auch ursprünglich nicht darauf aus. Sie hatte den Zweck, die politische Bewegung so viel als möglich zu unterdrücken. Was aber in Zeiten möglich war, wo auch das Ausland keine besondere Kraft zeigte, würde jetzt nicht mehr durchführbar sein. Frankreich und Rußland stehen mit verdoppelten Kräften an unsern Grenzen, und jeder Tag bringt die Gefahr näher, daß sie dieselben überschreiten. So weit in Deutschland die politischen Ansichten sich von einander trennen mögen, in einem Punkt wenigstens glauben wir vollständige Uebereinstimmung annehmen zu dürfen: daß dem Ausländer, daß den Franzosen und Russen kein Fuß breit deutschen Bodens abgetreten werden dürfe. Die Hoffnungen aber des Ausländers, uns etwas abzugewinnen, sind darauf basirt, daß die beiden hauptfächlichen Rechtstitel unserer Verfassung, die Souveränität der einzelnen Fürsten und der Bundesvertrag, sich an vielen Stellen an einander reiben.

Formell hat jeder deutsche Fürst mit Ausnahme seiner Beziehungen zu den übrigen deutschen Bundesgliedern die volle Souveränität; materiell kann sie aber außer Oestreich Niemand ausüben. Wenn Hannover von Frankreich beleidigt wird, so ist kein rechtlicher Grund vorhanden, warum es ihm nicht Krieg erklären soll; aber ein Recht, das nie in Ausübung gebracht werden kann, hört auf ein Recht zu sein. Preußen hat noch dazu den Titel einer europäischen Großmacht; aber es kann seit Errichtung des deutschen Bundes

von dem Recht seiner Souveränität nicht viel mehr Gebrauch machen als Hannover, weil seine Provinzen so auseinanderliegen, daß es ohne den guten Willen seiner Nachbarn nichts ausrichten kann. Wenn es nun heißt, daß die Kränkung jedes einzelnen Bundestheils durch den ganzen Bund geföhnt wird, so zeigt das Beispiel von Neuchatel was es damit für eine Bewandtniß hat. Hier war Preußen das entschiedenste Unrecht von der Welt geschehen, der deutsche Bund aber kümmerte sich nicht im geringsten darum, und hätte sich nicht der Kaiser Napoleon gegen Preußen freundlich erwiesen, so hätte es eine sehr wenig beneidenswerthe Rolle gespielt.

Dies ist die Sachlage, aus der wir mit strengster Logik das Ergebniß ziehn: jeder deutsche Fürst, oder vielmehr jede deutsche Regierung hat den Trieb, ihre Souveränität zu erweitern und ihre Staaten zu arrondiren. Dieser Trieb, der nur auf Kosten des Bundes oder auf Kosten der einzelnen Bundesglieder ausgeführt werden könnte, wird freilich durch das Rechtsbewußtsein, den Patriotismus und andere moralische Eigenschaften der Fürsten und ihrer Regierungen paralytirt: es ist eine ruhende Kraft, aber eine Kraft, die man in ernstern Collisionzfällen in Rechnung ziehn muß, wenn man ein richtiges Resultat gewinnen will. — Von allen deutschen Regierungen ist aber keine, in welcher jener Trieb sich so mächtig rühren muß, als die preußische, weil in keiner die Kräfte und mithin die Ansprüche so groß, in keiner die Schranken so fühlbar und so demüthigend sind. Preußen ist, wie Herr von Andrian sich richtig ausdrückt, so lange seine Ansprüche nicht befriedigt sind, mehr ein Element der Unruhe als der Stabilität in Europa. Die ausgesprochenste deutsche Gesinnung, die lebhafteste Scheu vor jedem, auch dem kleinsten Unrecht — und beides ist in gleichem Grade sowohl bei dem König als dem Prinz-Regenten vereinigt — kann nicht verhindern, daß jene Reibungen, die nicht in den Personen, sondern in den Zuständen liegen, sich fortwährend vordrängen. Was dieß Verhältniß aber noch bedenklicher macht, ist, daß dieser Trieb sich in den Völkern nicht minder regt als in den Fürsten. In keinem Punkt ist die Begriffsverwirrung so groß, als wenn man den Partikularismus und das Einheitsstreben des deutschen Volks untersucht. Es ist eine trotz ihres handgreiflichen Widersinns fortwährend wiederholte Behauptung, daß die Zersplitterung Deutschlands unter verschiedene Fürstenthümer nichts anderes sei als der Ausdruck der verschiedenen historischen Stämme der Deutschen. Diese Stammverschiedenheit ist aber durch nichts so beeinträchtigt worden als grade durch die deutschen Fürstenthümer. Die deutschen Staaten sind nicht aus den Stämmen hervorgegangen, sondern aus den dynastischen Familien, und wo zufällig in einem dieser Staaten ein bestimmter Volksstamm vorherrscht, ist das nur daraus zu erklären, daß geographisch eine weitere Zersezung nicht wol möglich war. Das Gefühl der Zusammengehörig-

keit der Stämme ist so verwischt, daß z. B. neuerdings ein berühmter Historiker in einem Lande germanisirter Slaven den altfächsischen Stamm gesucht hat. In einigen Landen von scharf ausgeprägter Mundart hat sich eine Art von Zusammengehörigkeit erhalten, die aber mit dem politischen Leben gar nichts zu thun hat und nur darin besteht, daß man den Fremden, der anders redet, mit Mißtrauen aufnimmt. Der Particularismus des deutschen Volks ist entweder dynastischer Natur oder er ist Kirchspielpatriotismus. Der letztere, z. B. der osnabrückische, der ostfriesische u. s. w., ist für den Ethnographen interessant, politisch fällt er aber nur soweit ins Gewicht, als er überhaupt jede größere Combination stört, die des bestehenden Staats nicht minder als die eines neu aufzurichtenden Bundesstaats. Auch bei diesem Lokalpatriotismus sind die volksthümlichen Ueberlieferungen immer dynastischer Natur. Die Ostfriesen denken an Preußen, die Osnabrücker an das alte Bisthum u. s. w.

Wenn man andrerseits von dem deutschen Einheitsgedanken spricht, so darf man dabei nicht vergessen, daß derselbe in der Hauptsache künstlich hervorgerufen ist und sich vorläufig auf diejenigen Classen beschränkt, die literarischen Einflüssen unterliegen. Diese Classen sind geringeren Umfangs als man denkt, und man würde sehr irren, wenn man die roth-schwarz-goldene Cocarde des Jahres 1848 durchweg als das Resultat einer positiven Idee betrachten wollte. Jene Cocarde drückte in den meisten Fällen nur den unbestimmten Wunsch einer Centralgewalt aus, die dem Herrn Amtmann auf die Finger sehen und die Steuereinnahmer controliren sollte. Durch diese Bemerkung soll weder der sittliche Werth des Einheitsgedankens noch seine Bedeutung für die Zukunft unterschätzt werden: man soll nur von ihm nicht erwarten, daß er in diesem Augenblick für sich allein etwas durchsetzen könnte.

Der leibhaftige Partikularismus der Deutschen ist wie gesagt lediglich dynastischer Natur. Unser sämmtlichen Staaten, nur die kleinsten von ihnen ausgenommen, sind überwiegend militärisch bureaukratisch eingerichtet. Wer zur Bureaukratie gehört, kommt dadurch nicht bloß in äußerliche Verpflichtungen, die ihm dann doch die Welt in einem andern Lichte zeigen, als er sie auf der Universität ansah, und die das literarische Interesse an Deutschland allmählig auf das politische Interesse am bestimmten Staat überleiten, sondern er erlangt dadurch auch das positive stolze Gefühl, zur herrschenden Classe zu gehören. Dieses Gefühl dehnt sich vom höchsten Staatsbeamten bis zum niedrigsten aus, und es ist an sich betrachtet in allen Staaten gleich: nur dürfen wir wohl die allgemeine Regel aufstellen, daß in einem Staat, wo dem Ehrgeiz und dem Trieb zur nützlichen Thätigkeit der weiteste Spielraum eröffnet wird, dieser specifsche Partikularismus gerade bei fortschreiten den Köpfen, in einem Lande des kleinen Lebens dagegen sich hauptsächlich in beschränkter Stellung geltend machen wird, bis zuletzt der dynastische Eifer

sich auf die Subalternbeamten und die von ihnen abhängigen Handwerker concentrirt. Es versteht sich von selbst, daß Ausnahmen auch hier stattfinden, es ist nur von der Durchschnitterscheinung die Rede. Aus dieser allgemeinen Regel läßt sich ohne Schwierigkeit erklären, warum die preußische Bureaucratie in ihren höheren Kreisen bei weitem das größte Selbstgefühl besitzt; denn in Oestreich, wo der Gesichtskreis noch größer ist, fühlt sie sich dem Adel und der Geistlichkeit untergeordnet und hat nicht das Bewußtsein einer selbstständigen Stellung. Hieraus erklärt sich die Vorstellung, die man mit dem specifischen Preußenthum verbindet, und die Abneigung, die man im ganzen übrigen Deutschland gegen Preußen hegt. Auch diese Abneigung, die in der That eine merkwürdige Erscheinung ist, hat man aus dem Stammgefühl erklären wollen, obgleich Preußen wahrhaftig keine Stammeinheit repräsentirt; man darf aber nicht vergessen, daß die neue Provinz Sachsen soviel preußischen Patriotismus entwickelt als irgend eine der alten. Jenes Mißbehagen hat einen ganz andern Grund. Einzelne mitwirkende Umstände kommen freilich noch dazu: die Berliner Badegäste und die Berliner Meßjuden sind keine anziehenden Erscheinungen; aber die Hauptsache ist doch immer, daß z. B. der Beamte eines Mittelstaats sich sagt: was hat der Preuße von gleicher Bildung und gleichem Range vor mir voraus, daß er auf mich herabsieht? Daß der Preuße auf ihn herabsieht, setzt er ohne Weiteres voraus, wenn er auch noch gar keine Erfahrung darüber gemacht hat. — Ja er setzt voraus, daß der Preuße auf ihn herabschauen müsse; und was vom Beamten gilt, das findet seine Anwendung auf jeden Staatsbürger, der sich überhaupt mit Politik beschäftigt, von den Landtagsabgeordneten bis zur Bierbank herunter. Denn auch z. B. der badische Landtagsabgeordnete, Charakterfest, einsichtsvoll und gebildet, beredt und patriotisch, muß sich doch fragen: warum liest alle Welt die preußischen Landtagsberichte? in denen doch viel schlechter geredet wird als hier, in denen sich viel weniger Einsicht, viel weniger Patriotismus findet. Daß alle Welt die preußischen Landtagsberichte liest, setzt er voraus, auch wenn er gar keine Erfahrung darüber hat; er liest sie freilich selber. Und in dem kleinsten Club bei Bier und Tabak, wovon redet man anders als von Preußen? und natürlich findet man fortwährend Grund und zuweilen nur zu guten Grund, mit dem, was dort geschieht, unzufrieden zu sein. So geht denn von den niedrigsten bis zu den höchsten Kreisen diese stille Abneigung durch, und wir können uns lebhaft vorstellen, daß sie am stärksten bei einzelnen wirklichen Staatsmännern sich äußert, die von großer Befähigung und großem Ehrgeiz im Stillen Vergleiche zwischen sich und den wirklichen preußischen Staatsmännern ziehen und sich Gedanken darüber machen, wie ganz anders sie wirken würden, wenn sie an dieser Stelle ständen.

Mit einem Wort: dieser sogenannte Preußenhaß ist nicht das schlechteste

Zeichen von Preußens Beruf; so störend, so ernstlich störend er auch in die gegenwärtige Entwicklung eingreift.

Ein ganz ähnliches Verhältniß findet in dem Militär statt. Auf die Militäreinrichtung ist der lebendige Patriotismus noch viel mehr begründet als auf das Beamtenthum, weil sie in viel tiefere Kreise des Volks eindringt und sich viel sinnlicher darstellt. Wenn man vor der Aushebung auf dem Lande auch das Gouvernement sehr mißgünstig ansieht und sich derselben möglichst zu entziehen sucht, so wird die Stimmung doch ganz anders, wenn man ein paar Jahre des Königs Rock getragen und unter demselben nicht bloß Gehorsam, sondern auch Muth, Ehre und Selbstgefühl gelernt hat. Insofern ist der Kriegsdienst ein sehr bedeutungsvolles sittliches und politisches Moment. Je länger der wirkliche Dienst dauert, desto inniger wird die Beziehung zum Landesherren und zum Corps, freilich auch desto größer die Entfernung vom bürgerlichen Geschäft. Das ist bei dem neuen Entwurf der preussischen Kriegsverfassung wohl zu überlegen. Der dreijährige Dienst wird den specifisch preussischen Geist bedeutend erhöhen; ob er aber dem spätern bürgerlichen Gewerbe zu Gute kommt, das ist eine andere Frage. Indes um zur Hauptsache zu kommen: dieser Einfluß der militärischen Volkserziehung ist in allen Staaten von einigem Umfang gleich, wenn auch Preußen hier das Andenken an Friedrich den Großen und die glorreichen Thaten der schwarz-weißen Fahne voraus hat. Darum ist es leicht zu begreifen, daß die Regierungen der Mittelstaaten sich gegen nichts so sehr sträuben als gegen jede Schmälernng ihrer Souveränität in Bezug auf das Heerwesen. Aber eins müssen sie dabei im Auge halten: der bairische, der sächsische, der hannöversche, der württembergische Soldat ist grade so loyal, grade so bairisch, sächsisch, hannöversch, württembergisch gesinnt, als der preussische preussisch gesinnt ist, wenn auch vielleicht nicht ganz so stolz. Aber keinem politischen Rechenkünstler wird es gelingen, in dem bairischen, sächsischen, hannöverschen oder württembergischen Soldaten jenen mitteldeutschen Patriotismus hervorzurufen, der zur Organisation einer von den österreichischen und preussischen Truppen getrennten Reichsarmee nöthig wäre. Dies Durcheinanderwerfen wäre nicht eine Erhöhung, sondern eine Schmälernng der sittlichen Kraft und des sittlichen Zusammenhangs.

Wir kehren zu unserer ursprünglichen Deduction zurück. Der positive Boden, von dem wir bei dem Gedanken an eine deutsche Entwicklung ausgehen müssen, ist die Fürstensouveränität, die nicht bloß der Rechtsboden, sondern die auch factisch im Volk am festesten gewachsen ist. Jeder gedeihliche, berechenbare Fortschritt ist nur durch einen Vertrag unter den Fürsten denkbar. Alle deutschen Fürsten haben nothwendig den Trieb, ihr bisheriges unklares Souveränitätsverhältniß zu ihrem Vortheil zu entwickeln oder wenig-

stens nichts davon einzubüßen. Bei Preußen ist dieser Trieb am stärksten; doch regt sich ebenso bei den Mittelstaaten das Verlangen, die Kleinstaaten unter ihre Obhut zu nehmen, wozu sich diese selbst nicht verstehen werden und was Preußen aus denselben Gründen nicht zugeben kann, welche die Mittelstaaten bestimmen, es zu verlangen. Von allen Seiten von gefährlichen Gegnern umringt, ist Deutschland demnach in Gefahr, daß die innere Zwietracht von seinen Gegnern ausgebeutet wird. Jedes Mittel, einer solchen Gefahr zu entgehen, der Gefahr eines Rheinbundes oder einer altenfränkischen Politik, müßte im eigenen wie im Interesse des Ganzen von den deutschen Regierungen eifrig ergriffen werden.

Preußen hat bisher theils im Bündniß mit Oestreich theils im Zollverein die Mittel gesucht, sich wenigstens einigermaßen für seine unerträgliche geographische Lage zu entschädigen. Das Bündniß mit Oestreich ist mehr als gelockert, der Zollverein ist in Gefahr, unter Mitwirkung Oestreichs gesprengt zu werden, am Bundestag hat man es durch eine constante Mehrheit vollkommen wehrlos gemacht. In dieser Lage kann es nicht bleiben, das werden die deutschen Regierungen ebenso gut einsehen, wie es das preußische Volk einfieht. Es bereitet jetzt eine neue Heeresorganisation vor, die den militärischen Geist des gesammten Volks bedeutend erhöhen und die bewegungsfähige, zum Angriff verwendbare Mannschaft bedeutend vermehren wird. Es steht zu den auswärtigen Mächten jetzt so, daß sowol Rußland als Frankreich als England im Collisionssfall ein Bündniß mit Preußen dem Bündniß mit Oestreich vorziehen würden, welches letztere die bedenklichsten Zeichen von innerm und äußerem Verfall offenbart.

Unter diesen Umständen bietet Preußen, angesichts des immer näher und näher heranziehenden Unwetters, Oestreich und den übrigen deutschen Staaten einen engern Bund. Es verlangt, daß im Fall eines Krieges die norddeutschen Bundescontingente mit Preußen, die süddeutschen mit Oestreich vereinigt werden sollen; es verlangt, daß dieses Gesetz zwar nur im Kriege angewandt, aber im Frieden bereits festgestellt werden soll. — Was bietet es dafür? — Ausgesprochen hat es sich, so viel wir wissen, darüber nicht, aber die natürlichen Folgen liegen auf der Hand. Durch diese Reform der Bundeskriegsverfassung, die, wie sich von selbst versteht, durch ein enges Bündniß mit Oestreich befestigt wird, erhält Deutschland eine unangreifbare Position; wird der Besitzstand Oestreichs gesichert; es werden die Souveränitätsrechte der einzelnen Fürsten nur so weit eingeschränkt, als sie überhaupt nicht auszuüben sind, und was die Hauptsache ist, es wird ihnen die Garantie dafür gegeben, daß Preußen seine Stellung als Großmacht nicht von seiner Stellung als Bundesmacht trennt, und daß es den nothwendig in ihm liegenden Trieb, sich zu erweitern, auf die militärische Hegemonie einschränkt.

Die Deutsche Note bemerkt vollkommen richtig, daß dieser Antrag praktisch nur dann einen Sinn hätte, wenn er von Oestreich unterstützt würde; auch für diesen Fall wird die Zustimmung der Mittelstaaten noch in Frage gestellt. Uns scheint im Gegentheil, daß die Mittelstaaten alle Ursache haben, mit allem ihren Einfluß, den sie besitzen, Oestreich zur Zustimmung zu treiben. Die Gefahren von außen nehmen jeden Augenblick zu; die Bewegung im Innern stellt viel weitergehende Forderungen als Preußen; die preußische Regierung selbst entwickelt zwar keine sehr bedrohliche Energie, aber die Umstände sind von der Art, daß die Richtung im Allgemeinen feststeht, und daß diese einen Bruch mit dem alten Schaufelsystem unumgänglich macht. Die Regierung und die reactionäre Partei stehen so zu einander, daß die letztere nur noch einen unleugbar unpreußischen Schritt thun, sich in flagranti ergreifen lassen darf, um völlig beseitigt zu werden. Gleichviel wer dann das Ministerium des Auswärtigen führt, ob Hr. v. Schleinitz oder Hr. v. Bismark oder wer sonst, über die Tendenz nach Außen hin kann dann kein Zweifel sein.

Die Zustände im Kirchenstaat.

2.

Der Kirchenstaat hat auf einer Oberfläche von 12,041 italienischen oder 784 geographischen Quadratmeilen eine Bevölkerung, welche nach der 1858 vorgenommenen Zählung 3,124,668 Seelen betrug. Derselbe zerfällt in fünf Theile: Rom mit den Kreisen Viterbo, Civita Vecchia und Orvieto, die Romagna mit den Bezirken Bologna, Ferrara, Forli und Ravenna, die Marken mit den Provinzen Ancona, Urbino, Pesaro, Macerata und Bretto, Fermo, Ascoli und Camerino, ferner Umbrien mit den Districten Perugia, Spoleto und Rieto, endlich die Campagna mit den Kreisen oder Provinzen Belletri, Frosinone und Benevent. Die vier Kreise der Romagna, so wie die Bezirke Urbino und Pesaro werden von einem Cardinallegaten regiert und heißen deshalb Legationen, die übrigen Districte verwalten Prälaten mit dem Titel von Delegationen, weshalb sie als Delegationen bezeichnet werden. Der Papst ertheilt nicht allen Cardinallegaten dieselben Vollmachten. Die Regel ist indeß, daß sie die Polizei leiten, die bewaffnete Macht befehligen, den Vorsitz in der